



Pressemitteilung

Suizidprävention und Suizidassistenz – BDP sieht Handlungsbedarf und begrüßt die parallele Vorlage von Gesetzesentwürfen

Berlin, 06.07.2023: Im Zuge der Debatte um die notwendigen Regelungen im Umgang mit dem assistierten Suizid hat auch die so wichtige Förderung der Suizidprävention in Deutschland wieder mehr Aufmerksamkeit und Aufwind bekommen. Jedes Jahr nehmen sich mehr als 10.000 Menschen in Deutschland das Leben und 2020 starben mehr als dreimal so viele Menschen durch einen Suizid als durch Verkehrsunfälle (Quelle: DGS).

Der Prävention von Suizidalität kommt daher eine sehr hohe Bedeutung zu und der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) unterstützt ausdrücklich alle Maßnahmen für eine sinnvolle Prävention und Intervention in diesem Bereich. Zum Welttag der Suizidprävention hatte der BDP dies nochmals gemeinsam mit vielen weiteren Verbänden in einem Eckpunktepapier mit entsprechenden Forderungen in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten unterstrichen.

Zeitgleich bedarf es gesetzlichen Regelungen beim assistierten Suizid, die u. a. das Bedürfnis nach Selbstbestimmung von Betroffenen in einem hohen Maße respektiert und gewährleistet.

Beide Aufgaben stehen in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander und sind mit einer außerordentlich hohen Komplexität verbunden. *„Umso wichtiger ist es, dass im Anschluss an die Gesetzgebung Aktivitäten in beide Richtungen erfolgen und die Aktivist:innen der jeweiligen Aufgabenstellungen versuchen, ein respektvolles Neben- bzw. Miteinander zu erzielen“* betont Thordis Bethlehem, Präsidentin des BDP und unterstreicht weiter: *„Wesentlich ist es, die Programme Suizidassistenz und Suizidprävention jeweils sorgfältig zu gestalten, mit ausreichenden Ressourcen zu versehen, zu evaluieren und auch kontinuierlich weiterzuentwickeln“*.

Der BDP begrüßt die zweigleisige Vorgehensweise der Bundesregierung und rät trotz der weitreichenden Bedeutung gerade auch für das Umfeld von Betroffenen aufgrund der endlichen Dimension eines Suizids in Debatten zum Themenbereich Tod und Sterben zu mehr Gelassenheit, um einen sachlichen und zielführenden Diskurs zu ermöglichen. Mitarbeitende von Beratungsstellen und vielen weiteren in beiden Bereichen tätigen Organisationen leisten eine hochkomplexe und wertvolle Arbeit, die Hochachtung und Respekt verdient. Eine neue Gesetzgebung sollte auch ihren Arbeitsbereich klar regeln. Wichtiger als eine schnelle Entscheidungsfindung sei aber vor allem ein empathisches, reflektiertes und umsichtiges Vorgehen, betont der BDP.

Ansprechpartnerin

Bettina Genée

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de